\*\*\* PRESSE-EINLADUNG \*\*\*

**Konferenz: „International Criminal Law before Domestic Courts“**

**Von 14. bis 16. Oktober 2021 findet die Konferenz „International Criminal Law before Domestic Courts“ in Wien statt. Im Mittelpunkt der hochkarätig besetzten Tagung stehen aktuelle praktische und wissenschaftliche Fragen rund um die Durchsetzung internationalen Strafrechts durch nationale Gerichte. Organisatoren sind das Ludwig Boltzmann Institut für Grund- und Menschenrechte und das Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien. Die Konferenz unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Michael Lysander Fremuth richtet sich an Expert\*innen, Fachleute und Studierende aus den Bereichen Völkerstrafrecht, Völkerrecht und Menschenrechte. Die Teilnehmer\*innen sind herzlich zur Diskussion eingeladen.**

Programm: Österreichische und internationale Expert\*innen und Praktiker\*innen diskutieren

Im Rahmen der Tagung werden neben zahlreichen führenden nationalen und internationalen Expert\*innen aus der Wissenschaft auch Praktiker\*innen multiple Fragen und Herausforderungen bezüglich der Bekämpfung von Straflosigkeit bei der Begehung völkerstrafrechtlicher Kernverbrechen diskutieren. Unter anderem werden wir Vertreter\*innen des Internationalen Strafgerichtshofes, der Europäischen Stelle für justizielle Zusammenarbeit, der Commission for International Justice and Accountability sowie von Strafverfolgungsbehörden aus Österreich, Deutschland und den Niederlanden bei der Tagung begrüßen dürfen. Als Keynote-Speaker konnten die Völkerrechtsexperten Prof. Dr. William Schabas (Middlesex University London) und Prof. Dr. Kai Ambos (Georg-August-Universität Göttingen) gewonnen werden. Die Veranstaltung wird ein breites Themenspektrum abdecken: Teilnehmer\*innen dürfen sich auf Vorträge zu hochaktuellen Fragen wie etwa die Wechselbezüglichkeiten zwischen Völkerstrafrecht und Menschenrechten, die strafrechtliche Verfolgung von Foreign Terrorist Fighters durch europäische Gerichte, die Verfolgung von konfliktbezogener sexueller Gewalt als Völkerstraftat oder die Nutzung von neuartigen digitalen Beweismitteln vor nationalen Strafgerichten freuen.

Ein Tagungsband wird im kommenden Jahr in der Schriftenreihe des LBI „Menschen.Rechte!“ bei MANZ veröffentlicht.

Das detaillierte Programm finden Sie unter <https://www.iclconference21.com>.

Die Konferenz wird auf Englisch abgehalten und findet als hybride Veranstaltung im Dachgeschoss der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien sowie via Livestream statt. Die Teilnahme ist kostenlos. Um Anmeldung wird gebeten unter:

<https://www.iclconference21.com/registration>

Termin: Präsenzveranstaltung und Live-Stream

Wann: Donnerstag, 14. Oktober 2021, bis Samstag, 16. Oktober, jeweils ganztags

Wo: Dachgeschoss der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, Schottenbastei 10-16, 1010 Wien & im Live-Stream; der Link wird am Tag der Veranstaltung unter <https://www.iclconference21.com/livestream> veröffentlicht.

Pressekontakt und Interviewanfragen:

Franziska Wangler  
PR & Communications  
Ludwig Boltzmann Institut für Grund- und Menschenrechte  
Tel.: +43 01 4277 27465  
E-Mail: franziska.wangler@univie.ac.at

LUDWIG BOLTZMANN INSTITUT FÜR GRUND- UND MENSCHENRECHTE (LBI-GMR)

Das Ludwig Boltzmann Institut für Grund- und Menschenrechte (LBI-GMR) ist das führende Menschenrechtsinstitut in Österreich. Es ist sowohl der Grundlagenforschung als auch der angewandten Forschung verpflichtet und stellt in Kooperation mit Partner\*innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, der öffentlichen Hand und Privatwirtschaft eine nachhaltige gesellschaftliche Wirkung seiner Arbeit sicher.

Mit seinem interdisziplinären Ansatz, der Rechts-, Sozial- und Politikwissenschaften verbindet, begegnet das Institut den aktuellen Herausforderungen an die Menschenrechte und an die Menschenrechtsforschung. Aktuell beschäftigt es sich schwerpunktmäßig mit den Themen „Allgemeine Menschenrechte“, „Asyl und Migration“, „Menschenwürde und öffentliche Sicherheit“, „Rechtsstaatlichkeit und Verwaltungsreform“, „Soziale Rechte benachteiligter Gruppen“, „Ungleichheit und Antidiskriminierung“ sowie „Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit“. Unter der Programmlinie „Allgemeine Menschenrechte“ widmet sich das Institut darüber hinaus aktuellen Themen wie Umwelt- und Klimaschutz, Digitalisierung und Bekämpfung von Straflosigkeit.